

Ute Gehrke, Regine Wörmann, Markus Rohner, Stephan Schikorra
 Gerontopsychiatrisch-Geriatriischer Verbund Charlottenburg-Wilmersdorf e.V. (GPV)

Sieben Forderungen an die Politik

>> Am 07.11.2018 hatten sich im Rathaus Charlottenburg professionelle Akteure der Altenhilfe und geriatrischen Versorgung zum zweiten bezirklichen Pflēgetisch getroffen. Der Pflēgetisch ist ein offenes Gremium, zu dem alle Beteiligten der Versorgung und Unterstützung bedürftiger älterer Menschen eingeladen sind. An den sieben Forderungen haben neben aktiven Mitgliedern des GPV auch die Seniorenvertretung des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf mitgearbeitet.

Aufgabenprofil der Pflege prüfen

Es stellt sich die Frage, ob bei dem derzeitigen Mangel an Pflegepersonal, die zu erfüllenden Aufgaben aus SGB V und SGB XI/XII nicht stärker durch aktive Gemeinschaften etc. unterstützt werden können. Anstelle einer auf kontinuierliche Leistungserbringung ausgerichteten Pflege erscheint eine umfassende – das Gemeinwesen und den Patienten aktivierende – Pflege sinnvoll. Um in diesem Kontext zu entscheiden, in welche Richtung sich die Pflege bewegen soll, sollte von kompetenten Mitgestaltern geprüft werden, wie das zukünftige Aufgabenprofil der Pflege aussehen soll. Eine weitere Akademisierung der Pflege sollte hierbei mitberücksichtigt werden.

Berufsbild der Pflege in der Öffentlichkeit verbessern

Die Darstellung der Pflege in der Öffentlichkeit ist geprägt von Respekt und Achtung, aber auch von negativen Begriffen wie Rückenleiden, Burn-out und Abrechnungsbetrug. Pflege muss besser und positiver nach außen dargestellt werden. Das gilt für die Medien, aber auch für die Darstellung der Pflege durch die Landes- und Bundespolitik. In einzelnen Projekten wurde in den letzten Jahren daran gearbeitet, Pflegekräfte als kompetente Partner in der Versorgung zu beteiligen ... und das mit Erfolg! Beispielsweise zeigt das „Berliner Projekt“, wie eine Kooperation zwischen Pflege und medizinischer Versorgung auf Augenhöhe gelebt werden kann. Über solche Projekte muss mehr und positiver gesprochen werden.

Fortsetzung des Dialogs zur Berliner Pflegekammer

Bisher steht die Einführung einer Pflegekammer in Berlin aus. Warum ist letztlich unklar. Bereits in der letzten Legislaturperiode ergab eine Umfrage unter Pflegefachpersonen eine deutliche Mehrheit für die Errichtung einer Pflegekammer. Bei allem Für und Wider erscheint uns die Pflegekammer als ein wichtiges Element, um die Vertreter der Pflege als gleichrangige Gesprächspartner im Versorgungssystem zu positionieren. Wir fordern daher die Fortsetzung des Dialogs zur Errichtung einer Landespflegekammer.

Unterstützung bei der Einbindung von ausländischen Pflegekräften

Es ist nicht ausreichend ausländischen Pflegekräften, einen Arbeitsplatz zu stellen, vielmehr müssen die sprachliche Integration, bezahlbarer Wohnraum und viele weitere Aspekte bedacht werden, um qualifizierte ausländische Pflegefachkräfte zu gewinnen und auch langfristig zu halten. Dazu gehören auch der Abbau von bürokratischen Hürden, eine bürgerfreundliche und transparente Abwicklung von Anerkennungsverfahren

und eine bedarfsorientierte Unterstützung bei Behördengängen. Dabei ist die Kooperation zwischen Behörden wichtig und verbesserungswürdig.

Bessere Ausgestaltung und Ausbau der Gedächtnissprechstunden

Mit Hilfe der Gedächtnissprechstunden kann die Demenzdiagnostik weiter verbessert und sowohl die Betroffenen als auch die Angehörigen im Umgang mit einer Demenzerkrankung unterstützt werden. In Charlottenburg-Wilmersdorf ist das Angebot an Gedächtnissprechstunden – gemessen am derzeitigen und zukünftigen Bedarf – nicht ausreichend. Gedächtnissprechstunden werden bisher finanziell nicht so ausgestattet, dass sie sich wirtschaftlich abbilden lassen. Wir fordern eine angemessene Finanzierung der Gedächtnissprechstunden.

Bessere Ausgestaltung und Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze

Kurzzeitpflege hat eine wichtige Funktion bei der Umsetzung des Leitsatzes: „ambulant vor stationär“. Kurzzeitpflege ist ein wichtiges Element bei der Entlastung von Angehörigen und bildet aufgrund von kurzen Krankenhausverweildauern eine wichtige Brücke, um in die eigene Häuslichkeit zurückzukehren. Hohe formale Anforderungen und eine defizitäre Finanzierung sind die Basis für fehlende Kurzzeitpflegeplätze im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Wir fordern eine Unterstützung beim Aufbau von Kurzzeitpflegeplätzen und eine angemessene Finanzierung, die eine Sockelfinanzierung und weitere Maßnahmen beinhaltet.

Prävention ausbauen – Gesundheit intensiver fördern

Die präventiven Maßnahmen in Pflegeeinrichtungen, die im Rahmen des Präventionsgesetzes vom Gesetzgeber und den Pflegekassen umgesetzt worden sind, sollten auch im ambulanten Bereich ausgebaut werden. Zudem wurden in vielen Einrichtungen die finanzielle Unterstützung für präventive Maßnahmen nicht genutzt, da die Neuerungen erst einmal als Belastung und zusätzliche Arbeit wahrgenommen wurden. Sinnvoll wäre es, den Nutzen von präventiven Maßnahmen für Pflegeeinrichtungen stärker herauszustellen und mit best practise Einrichtungen zu werben.

Viele Pflegenden sind einer hohen beruflichen psychischen Belastung ausgesetzt, die zu einem Burn-out führen kann. Aufgrund des hohen Leistungsdrucks in der Pflege verengen sich die Räume, um den sozialen Ansprüchen und Bedürfnissen der Beschäftigten nachhaltig Rechnung zu tragen. Ein Weg zur Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten liegt in der Implementierung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM). Wir fordern die Politik auf, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, ein BGM einzuführen.

Vergütung – Konkurrenz der Zeitarbeitsfirmen kanalisieren

Zeitarbeit stellt eine fast unüberwindliche Konkurrenz für die Pflegeanbieter dar. Zeitarbeiter verdienen besser und können sich ihre Einsatzzeiten aussuchen – hier ist die Politik gefordert Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, dass die Abwanderung der Pflegekräfte zu den Zeitarbeitsfirmen verhindert wird. <<